

Medienmitteilung

Liestal, 07.06.2016

BDP BL begrüsst die Haltung des Oberrheinrates zu Ausländerkontingenten

Die BDP BL begrüsst die Haltung des trinationalen Oberrheinrates. Der Oberrheinrat hat sich in der Versammlung vom 06. Juni 2016 deutlich gegen die Kontingentierung von Grenzgängern ausgesprochen. Die BDP BL fühlt sich in ihrer Forderung bestärkt, zur Umsetzung der vom Volk angenommenen Masseneinwanderungsinitiative intensiv den Inländervorrang anzutreiben und so die Einwanderung von ausländischen Arbeitskräften zu mindern. Eine Kontingentierung von Grenzgängern lehnt die BDP BL nach wie vor ab.

Inländervorrang

Für die BDP BL ist eine konsequente Förderung des inländischen Arbeitskräftepotenzials absolut zentral. So forderte die BDP Schweiz den Bundesrat bereits mehrmals auf, gesetzliche Massnahmen zur Förderung von inländischen Arbeitskräften zu ergreifen und die Abhängigkeit von ausländischen Arbeitskräften zu reduzieren.

Die BDP BL ist nach wie vor überzeugt, dass das Ja zur Masseneinwanderungsinitiative kein Nein zur vertraglichen Zusammenarbeit mit der EU war. Das Abstimmungsergebnis war Ausdruck über die gegenwärtige unbefriedigende Situation bezüglich Einwanderung. Dennoch darf das Resultat nicht als Auftrag verstanden werden, die Schweiz von der europäischen Wirtschaft abzuschotten. Die Weiterführung der Bilateralen ist für die BDP BL aufgrund deren enormen Wichtigkeit für die Wirtschaft, die Arbeitsplätze und somit unseren Wohlstand absolut zentral. So fordert die BDP Schweiz seit Jahren, dass der Fachkräftemangel mit Schweizer Arbeitskräften entschärft und dass die Arbeitsmarktchancen für berufstätige Mütter und die über 50-Jährigen dringend verbessert werden müssen. Für Berufswiedereinsteigerinnen muss ein Anreizsystem geschaffen werden. In der Frühlingssession 2015 hatte nach dem Bundesrat und dem Nationalrat auch der Ständerat eine Motion der BDP Schweiz ohne Gegenstimme überwiesen.

Kontingentierung

Eine grundsätzliche Kontingentierung zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative inklusive Einbezug der Grenzgänger lehnt die BDP BL seit jeher dezidiert ab.

Eine Kontingentierung der 68'000 Grenzgänger würde den Wohlstand und die Stabilität der gesamten Region gefährden. Besonders im Dienstleistungsbereich (Gesundheitsbranche, Gastronomie) käme es in unserer Region zu einem massiven Arbeitskräftemangel und dadurch zu einer Reduktion der Wirtschaftsleistung, welche durch die Abwanderung von Unternehmen ins Ausland noch verstärkt werden würde.

So hat die BDP Schweiz dem Bundesrat bereits im Frühling 2014 ein konkretes Konzept vorgeschlagen, das sich an europäischen Vergleichswerten in Bezug auf die Zuwanderung orientiert und gleichzeitig ein Festhalten an den Grundsätzen der Personenfreizügigkeit ermöglicht. So akzeptiert die Schweiz die Personenfreizügigkeit bis zu einer prozentualen Nettozuwanderung, die dem Durchschnitt aller EU-Mitgliedstaaten mit einem positiven Migrationsaldo entspricht. Anschliessend kommen Kontingente zum Tragen, die mit Höchstzahlen beschränkt werden.

Die BDP BL erwartet vom Bundesrat und den Verhandlungsführern in den Verhandlungen mit der EU bezüglich der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative zwingend ein Vorantreiben des Inländervorrangs, eine Personenfreizügigkeit bis zu einer prozentualen Nettozuwanderung und keine Kontingente für Grenzgänger.

Auskunft:

Marc Bürgi
Präsident
079 750 67 62

Marie-Therese Müller
Delegierte des Landrates
079 380 45 43